

# „Wir sehen keinen konkreten Vorteil einer Sperrung“

## Mobilität | IG Velo: Stellungnahme zur beantragten Sperrung der zentralen Fußgängerzone für Radfahrer

Lörrach. Die Fraktionen von CDU und SPD/Linke des Gemeinderates haben einen Antrag zur Sperrung der zentralen Fußgängerzone für den Radverkehr eingebracht (wir berichteten). Die IG Velo hält von einem solchen Ansinnen nichts.

In einer Stellungnahme der Interessengemeinschaft des Fahrradverkehrs heißt es: „In Deutschland werden Dörfer weggeschwemmt, aufgrund nationaler Ziele muss der CO2-Ausstoß radikal reduziert werden, in Lörrach wurde der Klimanotstand ausgerufen und der Gemeinderat beschloss die Velooffensive mit dem ambitionierten Ziel, bis 2030 den Anteil des Radverkehrs zu verdoppeln.

Wenn die Politik Ihre Verpflichtung gegenüber den Lebenschancen für unsere Kinder überhaupt noch ernst nimmt, müssten also für den Lörracher Radverkehr alle Ampeln auf Grün stehen. Schließlich ist es das optimale Transportmittel für die Stadt, es übernimmt schnell und emissionsfrei nahezu alle Aufgaben des Alltags. Sei es als einfaches Rad, mit Anhänger zum Kindertransport oder als Wocheneinkaufshilfe oder gar als Lastenrad, wahlweise jeweils mit elektrischer Unterstützung.

Voraussetzung, dass der

Bürger in den erforderlichen Mengen vom Auto auf das Rad umsteigt, ist aber, dass er damit schnell, bequem und sicher überall hin kommt. Sonst fährt man eben doch wieder mit dem Auto in die direkt an der Fußgängerzone gelegenen Tiefgaragen. Das Verhalten des Bürgers passt sich den gegebenen Rahmenbedingungen an.

Zur Erinnerung: Im Frühjahr hat der Gemeinderat entschieden, die Spital- und Weinbrennerstraße zur Fahrradstraße umzuwidmen. Nach Einrichtung der Fahrradstraße sollten über einen angemessenen Zeitraum hinweg die Auswirkungen auf das Radverkehrsaufkommen in der Fußgängerzone ermittelt und bewertet werden.

Parallel dazu startete die Stadt in Zusammenarbeit mit Polizei, Behindertenbeirat und IG Velo eine Kampagne zu mehr Rücksichtnahme in der (Innen-)Stadt. Diese Kampagne ist angelaufen, Coronabedingt sind allerdings die wichtigen Bürgerbefragungen weitgehend ausgeblieben. Die Fahrradstraße wird vermutlich erst im Herbst eröffnet. Vor diesem Hintergrund wirkt der gemeinsame Antrag der CDU/SPD/Die Linke, die zentrale Fußgängerzone tagsüber für den Radverkehr



Die IG Velo sieht keine Vorteile in der Sperrung der zentralen Fußgängerzone für Radfahrer. Foto: zVg/IG Velo

zu sperren wie ein vorgezogenes Wahlkampfmanöver, das den Fuß- gegen den Radverkehr ausspielt.

Dieses Vorgehen halten wir für unredlich und kontraproduktiv. Aus unserer Sicht sollte erst einmal die Fahrradstraße eröffnet werden und dann die Verlagerung des Radverkehrs beobachtet und analysiert werden, genau so, wie es von den Fraktionen auch beschlossen wurde.

Als IG Velo sehen wir kei-

nen konkreten Vorteil einer Sperrung. Wie schwer Sperrungen durchsetzbar sind, sieht man am Autoverkehr, der sich ja auch nur durch massive Poller vom Durchfahren der Fußgängerzone abhalten lässt. Wir sehen auch keinen direkten Anlass für die jetzt gezeigte Eile, die Radler nutzen die Fußgängerzone seit Jahren als bequeme Verbindung, der Polizei sind keine Unfälle in der Zone bekannt, und die überwältigende Mehrheit der vie-

len Radfahrer in der Innenstadt verhält sich rücksichtsvoll.

Wenn man denn wollte, könnte man auch jetzt schon zweirädrige Verkehrsrüpel mit einem entsprechenden Bußgeld zur Ordnung rufen. Bei einer Sperrung jedoch werden alle Radler, auch die, die sich verantwortungsvoll verhalten, bestraft, und ein wesentlicher Vorteil des Rades, schnell und problemlos von Tür zu Tür zu kommen, würde erheblich eingeschränkt.

Ob es gelänge, die Rüpel, die ja Anlass für die Sperrung sind, von der Durchfahrt abzuhalten, darf angezweifelt werden.

Wir appellieren dringend an den Gemeinderat, sich zu überlegen, wie er wirkungsvoll die Verkehrswende in Lörrach gestalten kann. Es gibt sehr viel zu tun, jeder Fußgänger und jeder Radfahrer kann vermutlich zig Stellen aufführen, wo seit vielen, vielen Jahren Verbesserungspotenzial herrscht.

Die Politik muss dringendst die Rahmenbedingung schaffen um den Bürger zu überzeugen weniger CO2 zu verursachen. Verbote für den Langsamverkehr scheinen uns in der jetzigen Gegenwart jedenfalls nicht zielführend.“